

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P. XXVI/243

21. Dezember 1971

Mitverantwortung für die Freiheit

---

Zum 70. Geburtstag des Journalisten Fritz  
Sänger

Von Peter Raunau

Seite 1 und 2 / 75 Zeilen

Bessere Wohnungen auch für die Alten

---

Bund, Länder und Gemeinden realisieren  
SPD-Planungen

Von Hedwig Meermann MdB

Stellv. Vorsitzende des Bundestagsausschusses  
für Städtebau und Wohnungswesen

Seite 3 und 4 / 74 Zeilen

Raum genug für Sachdiskussionen

---

Zur Kritik an Helmut Schmidts Ministerweisung

Seite 5 und 6 / 58 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und  
Eingliederung"

---

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 85 37 - 38  
Telefax: 686 886 / 686 847/  
686 648 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 88 11

Mitverantwortung für die Freiheit

Zum 70. Geburtstag des Journalisten Fritz Sänger

Von Peter Raunau

"Der Mensch, der die Freiheit will, muß Verantwortung übernehmen". Der knappe Satz findet sich in dem großen Kommentar des Politikers und Publizisten Fritz Sänger zum Godesberger Programm der SPD. Er ist zugleich der Quintessenz seines eigenen politischen Glaubensbekenntnisses. Am 24. Dezember vollendet Fritz Sänger sein 70. Lebensjahr.

In einem bürgerlichen Haus in Stettin geboren, verlor er als Kind seinen Vater. Als ältester von vier Geschwistern trug er früh Mitverantwortung. Die Mittel waren knapp: An die Stelle der Höheren Schule trat das Lehrerseminar, für das es damals in Preußen erhebliche Stipendien gab. Er bestand die Prüfung zum Lehramt, das er aber nie ausgeübt hat. Ein Jahr zuvor, 1920, war er Mitglied der SPD geworden, der er also seit 51 Jahren angehört.

Damals schon trat neben das politische Engagement der journalistische Impuls, gespeist aus der natürlichen Begabung, mit dem Wort umzugehen, und gepart dem Willen, für seine politische Überzeugung öffentlich zu wirken. Seine ersten Stationen: Volontär und Redakteur am "General-Anzeiger für Stettin und das Land Pommern", Sekretär in der Leitung des Deutschen Beamtenbundes, Redakteur der "Preussischen Lehrerzeitung". Das nahm ein Ende mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten.

Nach mehrjähriger Arbeitslosigkeit kam er 1935 zur Berliner Redaktion der "Frankfurter Zeitung", bei der er bis zu deren Ende im Jahre 1943 blieb. 1936 nahm er über Mierendorf, Leber und Leuschner Verbindung zum deutschen Widerstand auf und half, wo er konnte, Bedrängten und Verfolgten. Die "alte Frankfurter" war damals die Zeitung, auf deren redaktionelle Gestaltung die neuen Herren nur behutsam Einfluß nahmen, wegen des großen Ansehens dieser Zeitung im Ausland. Später wurde auch das anders. Sänger war in erster Linie Rechercheur und Informant. Er hat sorgfältig aufgeschrieben und gesammelt, was er erfuhr. Sein politisches Archiv aus der damaligen Zeit ist wahrscheinlich das größte seiner Art in privater Hand.

Nach dem Kriege trat er früh mit Dr. Kurt Schumacher in Verbindung. Von ihm erhielt er den Auftrag, den "Sozialdemokratischen Pressedienst" zu gründen und zu leiten. Das war 1946. Er war gleichzeitig in der niedersächsischen Politik tätig, war

Landtagsmitglied und Berater Hinrich Koppe bei der Ausarbeitung einer niedersächsischen Verfassung. Von 1947 bis 1958 war er Chefredakteur, zeitweilig auch Geschäftsführer der ersten und bald größten deutschen Presseagentur (dpa) in Hamburg. Es war die für ihn wahrscheinlich anstrengendste Zeit überhaupt, mit einer Fülle von großem und kleinem Ärger. Wem konnte es ein zu Objektivität und strenger Überparteilichkeit verpflichteter Nachrichtendienst von dieser überragenden Bedeutung schon recht machen - selbst bei bestem Willen und größtem Bemühen? Sängers große journalistische und organisatorische Leistung in diesen guten Jahrzehnt bleibt aber eine Tatsache. Er war es, der dieser Agentur in der ganzen Welt Geltung verschafft hat. Mitte 1959 schied Sänger nach Unstimmigkeiten mit dem Aufsichtsrat des Unternehmens aus.

Als bald wurde er politischer Mitarbeiter mit Beraterfunktion beim Parteivorstand der SPD. Von 1961 bis 1969 war er Mitglied des Deutschen Bundestages mit dem Spezialgebiet Presserechtsfragen und mit viel Aktivität in der Außenpolitik. Er ist Mitglied des Deutschen Presserates und gehört verschiedenen Aufsichtsgremien von Rundfunkanstalten und anderen Körperschaften an.

Fritz Sänger hat sich selbst einmal einen Pragmatiker genannt. Wenn das stimmt, dann ist er ein für diese Denkrichtung erstaunlich grundsatztreuer Mann. Er ist Politiker aus Leidenschaft, aus Verantwortung, doch von ausgleichender Temperament. Er gehört zur Gruppe unerrüdlicher Untersucher des eigenen Gewissens, in der niemand sich Entscheidungen leicht macht. Das hat ihn auch im Kreise seiner politischen Freunde oft unbequem gemacht. Er ist Bekenner des Glaubens an die Unerlässlichkeit moralischer Maßstäbe auch in der Politik, und das wieder bringt ihn wohl bisweilen in Konflikt mit seinem eigenen Pragmatismus.

Es wäre sicher unrichtig zu sagen, daß der Ruhestand Sänger uneingeschränkt wohl Güte. Es ist noch immer viel Bewegung und Unruhe um ihn. Man sucht nach wie vor seinen Rat und auf Tagungen oder kleineren Zusammenkünften ein informatives, klärendes Wort von dem Vielerfahrenen. Seine Frau wünscht, es wäre seitener der Fall.

(-/21.12.1971/ks)

### Bessere Wohnungen auch für die Alten

Bund, Länder und Gemeinden realisieren SPD-Planungen

Von Hedwig Meermann MdB

Stellv. Vorsitzende des Bundestagsausschusses  
für Städtebau und Wohnungswesen

Alte Menschen wohnen immer noch schlechter als junge. Wer das nicht aus eigener Erfahrung weiß, mag sich durch einen Blick auf die jüngst bekanntgewordenen Ergebnisse der Wohnungszählung von 1968 davon überzeugen. Von den jüngeren Haushalten lebten 70 vH. in Wohnungen mit Bad, WC und Zentralheizung, von den Wohnpartnern, deren Haushaltsvorstand 50 Jahre und älter war, aber lediglich 54 vH. Nur 20 vH. der älteren Menschen verfügten Ende 1968 über Mietwohnungen mit der qualitativ besten Ausstattung (Sammelheizung, Bad, WC in der Wohnung). Generell gilt: Je unzulänglicher die Wohnungen sind, desto höher ist der Anteil der über 65 Jahre alten Bewohner. Sie müssen sehr viel häufiger als die Jungen auf die Bequemlichkeiten verzichten, die sie im Alter besonders nötig hätten.

Aber Bundesregierung und Regierungsparteien lassen die alten Mitbürger mit ihren Wohnungssorgen nicht allein. Mit dem Städtebauförderungsgesetz wurde ein erster Schritt zur generellen Verbesserung der Wohnverhältnisse in den Sanierungsgebieten getan. Ihm wird ein "Gesetz zur Schaffung gesunder Wohnverhältnisse" folgen, das die Verbesserung unzulänglicher Wohnungen außerhalb der Sanierungsgebiete zum Ziel hat. Der entsprechende Gesetzentwurf wird von der Bundesregierung zur Zeit vorbereitet und voraussichtlich in der ersten Hälfte des nächsten Jahres in den Bundestag eingebracht. Das neue Mietrecht hat mehr Sicherheit für alle vertragstreuen Mieter gebracht. Aber für den älteren Mieter bedeutet es besonders viel, wenn er weiß, daß ihn ohne wichtigen Grund überhaupt nicht gekündigt werden kann.

Darüberhinaus gilt es aber, den älteren Mitbürgern auch durch den verstärkten Neubau solcher Wohnungen zu helfen, die auf ihre Bedürfnisse besonders zugeschnitten sind. Die Aufgabe ist dringend

und umfangreich. Bereits 1980 wird jeder siebente Bundesbürger älter als 65 Jahre sein. Der Bund hat deshalb seinen Haushaltsansatz "Wohnungsbau für alte Menschen" von 40 auf 60 Millionen DM erhöht. Gleichzeitig werden die Bundesdarlehen je Wohnung beachtlich angehoben. So wird sich ab 1. Januar 1972 das bisherige Darlehen für eine Ein-Personen-Altenwohnung mit einer Wohnfläche von mindestens 40 qm von DM 4.000 auf DM 8.000 DM verdoppeln. Für eine Zwei-Personen-Wohnung mit einer Wohnfläche von mindestens 50 qm kann künftig ein Bundesdarlehen bis zu DM 9.000 gewährt werden. Die Bundesmittel werden freilich nur dann gegeben, wenn der geplante Altenwohnungsbau gewisse Mindestforderungen an Größe und Ausstattung erfüllt. Entsprechende Planungsempfehlungen sind vom Bund ausgearbeitet und mit den Ländern abgestimmt worden. Auf diese Weise wird sichergestellt, daß in zunehmendem Maße auch wirklich altengerechte Wohnungen gebaut werden.

Das Ein-Personen-Zimmer im Altenwohnheim wird z.B. nur noch dann gefördert, wenn die Wohnfläche mindestens 16 qm beträgt; das geförderte Zwei-Personen-Zimmer muß mindestens 18 qm Wohnfläche aufweisen. Das Bundesdarlehen beträgt dann DM 2.500 bzw. DM 3.000. Für diesen Zimmern zugeordnete zusätzliche Räume bzw. Ausstattungen wie Schlafraum, Schlafnische, Bad oder Dusche, Balkon oder Loggia erhöht sich das Bundesdarlehen noch erheblich. Was zum Bau derartigen "Wohnkomforts" anreizen soll.

Trotz kräftiger Finanzierungs-hilfen durch Bund und Länder werden die Mieten der neuen Wohnungen im allgemeinen über denen liegen, die ältere Menschen vorher in unzureichenden Wohnungen gezahlt haben. Ihnen wird das neue Wohnungsgesetz in besonderem Maße zu Hilfe kommen. Gerade für die Ein- und Zwei-Personen-Haushalte wurde das Wohngeld fühlbar angehoben, weil sich unter ihnen besonders viele Rentner befinden. Mancher ältere Mitbürger ist dadurch zum ersten Male in seinem Leben in der Lage, sich eine moderne Wohnung leisten zu können.

Bund und Länder können finanzielle Hilfen geben. Gebaut werden müssen die Wohnungen aber in den Gemeinden. Es wäre gut, wenn die Gemeinderäte bei der Aufstellung der Wohnungsbauprogramme die Bedürfnisse der alten Bürger und Bürgerinnen besonders im Auge hätten. Für viele von ihnen kann der Gang ins Altersheim um Jahre hinausgezögert, vielleicht sogar ganz verhindert werden, wenn sie eine Wohnung haben, die sie selbst leicht bewirtschaften können. (-/ex/21.12.1971/ks

Raum genug für Sachdiskussionen

Zur Kritik an Helmut Schmidts Ministerweisung

Es ist zu wünschen, daß die Soldaten der Bundeswehr, zumal die Vorgesetzten, sich der großen Vorteile bewußt sind, die eine sachliche Diskussion mit dem Inneren Gefüge der Bundeswehr und ihrer Einschätzung durch die öffentliche Meinung bieten kann. Die Lektüre dieses Schlußsatzes aus Helmut Schmidts jüngster Ministerweisung über "Die freie Meinungsäußerung und Diskussion innerhalb der Bundeswehr" hätte eigentlich ausreichen müssen, die schließlich sogar bis in den Verteidigungsausschuß hineingetragene Auseinandersetzung über dieses Papier erst gar nicht aufkommen zu lassen.

In Wahrheit spiegelt die Auseinandersetzung denn nur den Ärger jener wider, die zu beobachten glauben, daß in der Bundeswehr nicht mehr in der rechten Weise diskutiert würde. Fast ausnahmslos alle Kritiker der Politik Helmut Schmidts, die den Beifall der Oppositionsparteien fanden, gleich ob sie als Gruppe beherzter junger Offiziere oder als Stabsoffizier-"Einzelkämpfer" auftraten, konnten nicht verbergen, daß ihnen im Grunde die ganze Richtung nicht paßt, die seit Herbst 1969 die Sicherheitspolitik und die Entwicklung der Bundeswehr bestimmen.

Die Auseinandersetzung um die jüngste Ministerweisung, die, zunächst nur selektiv gelesen und zitiert, als "Maulkorberlaß" bezeichnet wurde, muß umso mehr verwundern, als dieses Papier wieder einmal die vom Soldatengesetz gesteckten Pflichten darstellt, aus denen der Soldat auch dann nicht entlassen wird, wenn er sich als Staatsbürger in Uniform öffentlich äußert und mit politischen und sozialen Fragen auseinandersetzt. In schöner

Regelmäßigkeit haben frühere Verteidigungsminister und Generalinspektoren an diese gesetzlichen Pflichten des Soldaten erinnert. Erst im Juli 1968 hatte der heutige Generalinspekteur in einer Information für Kommandeure zu Zurückhaltung und Takt bei politischen Meinungsäußerungen angehalten und dabei Punkt für Punkt genau jene Pflichten angesprochen, auf die jetzt auch Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt in seiner jüngsten Ministerweisung hinwies. Diese Weisung legt keine neuen Pflichten auf, sondern gibt praktikable Hinweise, mehr für den richtigen als für den rechten Gebrauch der Diskussionsfreiheit der Soldaten.

Daß sich der Deutsche Bundeswehrverband von der Weisung besonders betroffen fühlt, weil sie die Wahrheitspflicht auch dann fordert, wenn Soldaten mit beruflichen und wirtschaftlichen Forderungen öffentlich auftreten, hat auf der Hardthöhe nicht zu Unrecht Befremden ausgelöst. Die Ministerweisung will und kann keine Sonderrechte für bestimmte politische Richtungen schaffen. Der Bundeswehrverband muß hier selbst entscheiden, ob er sich dennoch betroffen fühlen will.

Im Übrigen aber gilt es festzuhalten, daß die erst richtig in Gang gekommene Diskussion innerhalb der Bundeswehr keinen Schaden gestiftet hat und auch mit der Ministerweisung ihren Fortgang nehmen kann. Wer die Extremergebnisse dieser Diskussion, die zwischen den beiden Marksteinen "Hauptleute von Unna" und "Soldat 70" aufmerksam verfolgt, wird zugeben müssen, daß für vernünftige Aussagen über "Sicherheit und Bundeswehr" noch eine ganze Menge Platz bleibt.

Joachim Brunr.

(-/ja/21.12.1971.ks)